

16/SN-75/ME  
F von 3

## ÖSTERREICHISCHER ARBEITERKAMMERTAG

A-1041 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20-22 Postfach 534

An das  
Präsidium des Nationalrates  
Parlament

Dr-Karl-Renner-Ring 3  
1010 Wien

|          |               |
|----------|---------------|
| Betrifft | GESETZENTWURF |
| Zl.      | 34-GE/1984    |
| Datum:   | 02. AUG. 1984 |
| Verteilt | 1984-08-03    |

Dr. Hajek Rei

Ihre Zeichen

-

Unsere Zeichen

ALV-1411

Telefon (0222) 65 37 65

Durchwahl 474

Datum

27.7.1984

Betreff:

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit  
dem die Geltungsdauer der §§ 39 a  
und 39 b AMFG verlängert werden  
soll; Stellungnahme

Der Österreichische Arbeiterkammertag übersendet 25 Exemplare seiner Stellungnahme zu dem im Betreff genannten Gesetzentwurf zur gefälligen Information.

Der Präsident:



Der Kammeramtsdirektor:

iA

Beilagen

Telegramme: Arbammer Wien • Telex 1690



# ÖSTERREICHISCHER ARBEITERKAMMERTAG

A-1041 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20-22 Postfach 534

An das  
Bundesministerium für  
soziale Verwaltung

Stubenring 1  
1010 Wien

Ihre Zeichen

-

Unsere Zeichen

ALV/MagDsCh/1411

Telefon (0220) 65 37 65

Durchwahl 474

Datum

13.7.1984

Betreff

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem  
die Geltungsdauer der §§ 39 a und 39 b  
AMFG verlängert werden soll  
S t e l l u n g n a h m e

Der Österreichische Arbeiterkammertag begrüßt die Absicht des do. Bundesministeriums, auch in den nächsten drei Jahren jährlich 400 Mio. Schilling aus Budgetmitteln für Beihilfen zur Lösung von Beschäftigungsproblemen mit besonderer volkswirtschaftlicher Bedeutung zur Verfügung zu stellen und auch den Haftungsrahmen von 600 Mio. Schilling zu demselben Zweck weiterhin aufrecht zu erhalten. Mit diesem Schritt wird der von den Arbeitnehmerinteressenvertretungen stets erhobenen Forderung Rechnung getragen, daß die Finanzierung der Maßnahmen der Arbeitsmarktförderung nicht ausschließlich aus dem Beitragsaufkommen zur Arbeitslosenversicherung erfolgen kann. Der gesamtwirtschaftliche Nutzen der aktiven Arbeitsmarktpolitik geht weit über den von Arbeitslosigkeit bedrohten Personenkreis hinaus.

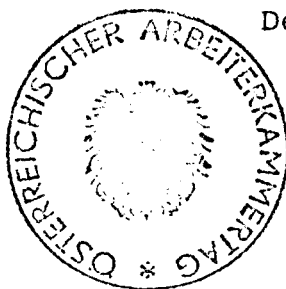
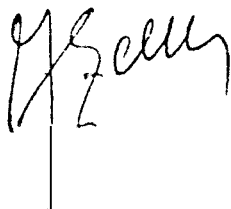
So begrüßenswert dieser Ansatz einer Finanzierung der Arbeitsmarktförderung auch aus Budgetmitteln ist, so muß doch mit Bedauern festgestellt werden, daß bei Vergabe von Mitteln nach den §§ 39 a und

## ÖSTERREICHISCHER ARBEITERKAMMERTAG

Blatt 2

39 b AMFG nach wie vor keine Anhörung des Beirates für Arbeitsmarktpolitik vorgesehen ist. Da bei allen Maßnahmen der Arbeitsmarktförderung fundamentale Interessen der Arbeitnehmer berührt sind, spricht sich der Österreichische Arbeiterkammertag für eine Korrektur des Abs. 3 des § 39 b AMFG im obigen Sinn aus, um den Interessensvertretungen der Arbeitnehmer zumindest im Rahmen des Beirates für Arbeitsmarktpolitik ein entsprechendes Mitwirkungsrecht beim Einsatz von Beihilfen zur Lösung von Beschäftigungsproblemen mit besonderer volkswirtschaftlicher Bedeutung einzuräumen.

Der Präsident:



Der Kammeramtsdirektor:

